

248. Sitzung des Grossen Gemeinderates

05. März 2018, 19:00 Uhr, Gemeindesaal Lötschberg, Spiez

Vorsitz Andrea Frost-Hirschi, GGR-Präsidentin

Anwesende Mitglieder

BDP Andres Meier
Martin Peter
Marianne Schlapbach
Jan Urfer

EDU Benjamin Carisch

EVP Oskar Diesbergen
Susanne Frey
Jürg Leuenberger

FDP Andrea Frost-Hirschi
Rolf Schmutz
Stefan Kurth

FS/
GLP René Barben
Pia Hutzli
Matthias Maibach
Simon Schneeberger

GS Daniel Brügger
Andreas Jaun
Anna Katharina Zeilstra

SP Kurt Bodmer
Jürg Walther
Marianne Hayoz Wagner
Roland Müller
André Sopranetti

SVP Michael Dubach
Urs Eggerschwiler
Kevin Fischer (ab 19.15 Uhr)
Thomas Fischer
Peter Gertsch
Andreas Grünig
Pascal Grünig (ab 19.10 Uhr)
Salome Meier
Sven Rindlisbacher
Markus Zurbuchen

Anwesend zu Beginn 31 Mitglieder; der Rat ist beschlussfähig

Vertreter Jugendrat Tanja Müller

Sekretärin Tanja Brunner

Protokollführer	Adrian Zürcher	
Presse	Jürg Spielmann Heinz Schürch Sarah Neuhaus	Berner Oberländer/Thuner Tagblatt Radio BeO Jungfrau Zeitung
ZuhörerInnen	15 Personen	
Vertreter Gemeinderat	Jolanda Brunner Heinz Egli Anna Fink Rudolf Thomann Ulrich Zimmermann	SVP BDP EVP SVP SVP
Abteilungsleiter	Roland Dietrich, Abteilungsleiter Bau Matthias Schüpbach, Abteilungsleiter Finanzen	
Entschuldigt	Ruedi Bernet Susanne Maibach Markus Wenger (Grosser Rat) Christoph Hürlimann, Gemeinderat (krank) Ursula Zybach, Gemeinderätin (Grosser Rat)	SP FS/GLP EVP FS/GLP SP

ERÖFFNUNG

Die Vorsitzende begrüsst die Mitglieder beider Räte, die Vertreter der Medien, die Vertreterin des Jugendrates, die Sekretärin, den Protokollführer, weitere Mitglieder der Verwaltung, sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer zur 248. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Spiez.

Einleitung

Sie beginnt heute das Jahr als Präsidentin des Grossen Gemeinderates. Dies freut sie sehr. Spiez hat mit dem Gemeindeparlament eine spezielle Situation. Dies haben nicht alle Gemeinden. In Spiez gibt es seit über 40 Jahren das Gemeindeparlament. Im ganzen Kanton Bern kennen nur 23 von über 300 Gemeinden eine solche Einrichtung. Gemeindeparlamente haben im demokratischen Staatssystem der Gewaltenteilung, bestehend aus Parlament, Regierung und Gerichten, wichtige unveräusserliche Pflichten und Rechte. Wir sind hier als Volksvertreterinnen und Volksvertreter für eine feste Amtszeit gewählt. In dieser Zeit sind wir für die Gesetzgebung und für die Oberaufsicht über die Verwaltung eingesetzt. Anders als bei der indirekten Demokratie sind wir keine parlamentarischen Alleinherrscher. Wir sind vielmehr dafür garantiert, dass Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit dem Referendums- und Initiativrecht jederzeit direkt in politische Entscheidungsprozesse eingreifen können. Dies ist für sie nie eine Drohung, sondern vielmehr eine Versicherung, dass mehr Beteiligte ihr Wissen und die demokratische Meinungsbildung beitragen können. Wir als Parlamentsmitglieder sind nicht weisungsgebunden. Wir handeln nach bestem Wissen und Gewissen ohne Anweisungen von Parteien oder Interessengruppen. Wir haben aber alle unseren persönlichen, familiären und beruflichen Hintergrund und Herkunft. Wir sind Mitglieder in Vereinen und Parteien. Aber wir sind hier als Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit einem höheren Allgemeininteresse tätig. Wir vertreten nicht nur eine gewisse Gruppierung. Wir sind am Grossen und Ganzen, am Gemeinwohl orientiert. Was dient den Meisten und nicht was dient mir und meiner Klientel. Wir sind keine Übermensch und haben manchmal eine beschränkte Sicht oder nicht alle wesentlichen Gesichtspunkte miteinbezogen. Deshalb sind wir hier im Parlament. An einem Ort, wo man zusammen diskutiert, andere Meinungen anhört und wo andere Sichtweisen vertreten werden. Vorgefertigte Meinungen und festgefahrene Meinungen verhindern eine freie demokrati-

sche Meinungsbildung. Hören wir einander zu, nehmen uns ernst und lassen wir uns auf andere ungewöhnliche Sichtweisen ein. In diesem Sinne dankt sie allen für das Vertrauen, welche ihr die GGR-Mitglieder in diesem Jahr entgegenbringen.

Rücktritt und neue Mitglieder

Patrick Bürchler, BDP, hat seinen Rücktritt aus dem GGR bekannt gegeben. Er war Mitglied vom 1. Januar 2013 – 26. Januar 2018. Er war auch Mitglied der Sachkommission Sicherheit vom 1. Februar 2013 – 31. Januar 2017. Sein Abschiedsgeschenk hat er dem Werkhof Spiez für ein Znüni gespendet.

Als neue Mitglieder des GGR werden begrüsst:

- Simon Schneeberger, FS/GLP (ersetzt Ueli Haldimann)
- Jan Urfer, BDP (ersetzt Patrick Bürchler)

Traktandenliste

- 367 Protokoll der Sitzung vom 27. November 2017
- 368 Öffentliche Beleuchtung / Übernahme, Verpflichtungskredit von Fr. 1'292'400.00
- 369 Informationen aus dem Gemeinderat
- 370 Pilzkontrollstelle für die Region Niderrsimmental / Einfache Anfrage A. Zeilstra (GS)
- 371 Ortszentrum Spiez / Einfache Anfrage M. Hayoz Wagner (SP)
- 372 Termine Überbauungsordnung Gwatt-Zentrum / Einfache Anfrage D. Brügger (GS)
- 373 Rox am See / Einfache Anfrage J. Walther (SP)
- 374 Verrechnung von Abwasserkosten für die Nitrochemie AG/ Einfache Anfrage A. Soprantetti (SP)
- 375 Uferweg Spiez - Einigen / Überparteiliche Motion René Barben (FS/GLP)
- 376 Neueingänge parlamentarischer Vorstösse

V e r h a n d l u n g e n

367 13 Protokoll

Protokoll der Sitzung vom 27. November 2017

Das Protokoll wird genehmigt.

368 4.572 Strassenbeleuchtung

Öffentliche Beleuchtung / Übernahme, Verpflichtungskredit von Fr. 1'292'400.00

Ausführungen des Gemeinderates

Ruedi Thomann: Zu diesem Geschäft gibt es nicht mehr viel zu ergänzen. In den Unterlagen ist sehr detailliert beschrieben was Sache ist. Die Verhandlungen mit der BKW waren konstruktiv und sehr fair. Egal wie das heutige Abstimmungsergebnis ausfällt, wird es keine weiteren Verhandlungen mit der BKW geben. Wenn man diesem Geschäft nicht zustimmt, würde es einen Rechtshandel geben. Was das bedeuten könnte, beruht lediglich auf Vermutungen. Nebst Kosten für Anwälte, Gerichte etc. besteht die Möglichkeit, dass die Gemeinde die gesamten Kosten aus dem Lumina-Vertrag übernehmen müsste. Im Anlagekapital per 01.01.2018 von Fr. 1'38 Mio. ist die Mehr-

wertsteuer von Fr. 106'000.00 nicht enthalten. Im beantragten Verpflichtungskredit von Fr. 1'292'400.00 ist die Mehrwertsteuer korrekt aufgeführt. Im Zusammenhang mit dem Unterhaltvertrag gibt es noch zwei zweckgebundene und zeitbegrenzte Gutscheine von je Fr. 25'000.00. Die Gutscheine kann man einlösen oder auch nicht. Beim Unterhalt wird dies sicher der Fall sein. Hier kann man die Fr. 25'000.00 für Reparaturarbeiten einsetzen. Der zweite Gutschein ist zudem noch technologiegebunden. Die BKW sucht Partner, mit welchen sie ein neues Beleuchtungssystem entwickeln und testen will. Das Einlösen der Gutscheine ist freiwillig und nicht Gegenstand dieses Antrages.

Stellungnahme der Sachkommission Planung, Umwelt, Bau

Markus Zurbuchen: Die Sachkommission Planung, Umwelt, Bau, hat das Geschäft geprüft. Am 14. Februar 2018 hat die Sachkommission bei der Abteilung Bau das Geschäft bei Roland Dietrich und Heike Krönert geprüft. Das Geschäft ist sehr komplex. Die Abteilung Bau hat die Verträge aber sehr genau geprüft. Die Sachkommission empfiehlt, auf das Geschäft einzutreten.

Eintreten

Das Eintreten ist unbestritten.

Fraktionssprecher

Daniel Brügger (GS): Die GS-Fraktion unterstützt das Geschäft. Bei der Höhe des Kaufpreises muss auf die Fachleute vertraut werden. Man geht davon aus, dass die Verwaltung hier ihre Arbeit gut gemacht hat. Beim Unterhalt nimmt die GS-Fraktion an, dass die Verwaltung noch andere Firmen als nur die BKW evaluiert. Weiter wird gehofft, dass mit dem Besitzerwechsel, die Möglichkeit geschaffen wird, dass seine alte Motion für eine ökologische Strassenbeleuchtung aktiv bearbeitet werden kann.

Andres Meier (BDP): Aus Sicht der BDP-Fraktion ist der Verpflichtungskredit unbestritten. Es bleibt aber unter dem Strich ein mulmiges Gefühl, dass die Gemeinde Spiez die BKW und ihr Management grosszügig berappen kann. Vergleiche bei den Stromkosten zeigen, dass Spiez für 4'500 Kilowattstunden (entspricht einem Jahresstromverbrauch einer 5 Zimmerwohnung mit Elektroherd und Tumbler) einen Betrag von Fr. 1'240.00 bezahlen muss. In anderen Gemeinden bezahlt man für die gleiche Anzahl Kilowattstunden:

Fr. 1'003.00 in Thun
 Fr. 971.00 in Bern
 Fr. 945.00 in Interlaken
 Fr. 693.00 Kanton Zürich (EKZ)

Es wäre interessant von der BKW zu wissen, wie sich die gewaltigen Unterschiede bei den Strompreisen rechtfertigen lassen.

Sven Rindlisbacher (SVP): Die SVP-Fraktion kann diesem Geschäft einstimmig zustimmen. Die SVP-Fraktion dankt Ruedi Thomann, Vorsteher Planung, Umwelt, Bau, sowie Roland Dietrich, Abteilungsleiter Bau für die gute und umfassende Bearbeitung dieses Geschäftes. Man muss wissen, dass 95 % der Bernischen Gemeinden den Vertrag mit der BKW einfach so unterschreiben. Die Gemeinde Spiez hat hingegen mit der BKW verhandelt und es wurde sehr viel Arbeit geleistet. An den hohen Kosten hat auch die SVP-Fraktion keine Freude. Es gibt aber ein Gesetz aus dem Jahr 2008/2009. Nun wird den Gemeinden daraus die Rechnung präsentiert. Wir können nun machen was wir wollen. Wir müssen diesem Geschäft zustimmen. Es bleibt uns nichts anderes übrig.

Stefan Kurth (FDP): Obwohl die FDP-Fraktion nach Recherchen feststellen durfte, dass die Gemeinde bei diesem Geschäft das Möglichste getan und verhandelt hat, geht immer noch ein unguutes Gefühl durch den Magen. Wieder geht es um ein Geschäft mit der BKW, welches für die FDP-Fraktion nicht sauber abläuft. Wieder denkt man an die Verhandlungen betreffend die Sanierung des Werkhofes und dessen Heizsystem. Wie von vielen gehört will man zu dieser Übernahme zähneknirschend Ja sagen. Warum? Aus eigener Erfahrung erlebt er täglich, dass jeder Vertrag anfechtbar ist. Besonders in diesem Fall: Eine Unternehmung welche zu über 50% dem Kanton gehört und Beschlüsse fasst, mit welchen sie sich durch die Hintertür unberechtigt bereichern lässt. Die Post und der Bund lassen grüssen. Gemäss der Aussage der Gemeinde sind die Verträge mit der BKW nicht öffentlich, das heisst wir haben keine Einsicht. Somit ist das demokratische Recht als Parlamentarier klar eingeschränkt. Wir müssen einem Vertrag von weit über Fr. 1.4 Mio. zustimmen ohne Einsicht zu haben. Für die FDP-Fraktion ist dies inakzeptabel. Die Verträge stammen aus den Jahren um 1953 und wurden seither angepasst. Der Beschluss des Kantons aus dem Jahre 2008 will, dass die Beleuchtungen in den Besitz der Gemeinden und des Kantons übergehen. Es stellt sich die Frage, was dann zwischen 1953 und 2008 passiert ist? In diesen Jahren mussten die Anlagen in der Buchhaltung der BKW geführt werden. Daher mussten sie auch abgeschrieben/amortisiert werden. Da wir von Direktzahlungen der Gemeinde keine Kenntnis haben mussten die Anlagen über den Strompreis abgeschrieben werden. Dabei ist er sicher, dass die Gemeinde den Strom zahlen musste und daher durch die Vertragsdauer die Anlagen in den Buchhaltungen längst bezahlt und abgeschrieben sind. Von daher wäre es nur fair, die Anlage zu einem symbolischen Betrag von Fr. 1.00 abzugeben, da es sich um eine bezahlte und sanierungsbedürftige Anlage handelt. Wir müssen zudem wissen, dass in den Jahren um 2008 die neuen Leuchtmittel unter anderem LED entwickelt wurden, die die Glühlampen ersetzen. Zu diesem Zeitpunkt waren die Leuchtmittel noch sehr teuer was sicher ein weiterer Grund des Kantons / BKW war, die veralteten Anlagen los zu werden, um sich die Sanierungskosten zu sparen. Diese Kosten kommen nun zusätzlich auf uns zu. Wir kaufen eine veraltete Anlage für Fr. 1.4 Mio. und müssen mindesten nochmals so viel investieren. Wenn wir 80% der Lichtpunkte gemäss Angabe 1434 Stück zu der Annahme Fr. 1'000.00/Stück sanieren, sind wir bei Fr. 1.15 Mio. Dabei haben wir die Tragwerke / Leuchten / Kabelanlagen und Tableaus in den Trafostationen noch nicht eingerechnet. Wie man aus diesen Aussagen entnehmen kann, handelt es sich wirklich um eine zweifelhafte Übernahme. Wir sind viel zu behördengläubig. Die BKW will etwas von uns, wir haben Zeit, das Geld ist vorhanden, lassen wir uns doch nicht gleich über den Tisch ziehen. Wenn man die Summen anschaut (Fr. 1.4 Mio. BKW plus mindestens Fr. 1.15 Mio. für die Sanierung der Lichtpunkte plus die restlichen Sanierungen der Anlagen), dann können wir doch wirklich einen guten Anwalt beauftragen dieses Geschäft genau zu analysieren. Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass unsere Gemeindebehörde ihre Arbeit nach bestem Wissen und Gewissen erbracht hat. Dennoch werden wir gegen dieses Geschäft stimmen. Es ist wie schon am Anfang erwähnt für uns inakzeptabel. Wir sollen einem Geschäft zustimmen, das wir gar nicht kennen und nicht einsehen dürfen. Wir wurden von unseren Wählern beauftragt, solche Geschäfte zu kontrollieren und zu analysieren um danach ihre Meinung zu vertreten. Hier wird uns vorgegeben was wir anzunehmen haben. Das kann es nun wirklich nicht sein.

André Sopranetti (SP): Die SP-Fraktion stimmt dem Geschäft mit unguuten Gefühlen zu. Ruedi Thomann hat ausgeführt, dass uns nichts anderes übrig bleibt. Die Verantwortlichen der Gemeinde haben in dieser Situation das Beste herausgeholt. Im Gesetz steht, dass man die Beleuchtung bis zu einem gewissen Zeitpunkt übernehmen muss. Der Grosse Rat hat das Gesetz im Jahr 2008 verabschiedet. Er empfiehlt den bürgerlichen Kollegen sich bei den bürgerlichen Grossratsmitgliedern zu erkundigen, da damals der Grosse Rat bürgerlich dominiert war. Das Gesetz existiert und wir müssen bis 2018 die Anlagen kaufen. Die Gemeinde kann anschliessend beim Unterhalt reagieren. Es ist zu hoffen, dass die Zeit genutzt werden kann, um Alternativen zu finden. Man könnte sich vorstellen, dass zum Beispiel die Energie Thun AG in der Lage wäre, einen Servicevertrag anzubieten. Hier könnte man flexibel sein, um nicht wieder dem Monopol der BKW zu unterliegen.

Allgemeine Diskussion

Keine Wortmeldungen.

Beschluss (mit 31 : 2 Stimmen)

Der Grosse Gemeinderat von Spiez

- auf Antrag des Gemeinderates
- gestützt auf Art. 31.1 a) und 39 a) der Gemeindeordnung

beschliesst:

1. Der Übernahme der öffentlichen Beleuchtung wird zugestimmt.
2. Hierfür wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 1'292'400.00 zu Lasten der Investitionsrechnung bewilligt.
3. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum gemäss Art. 31.1 a) der Gemeindeordnung.
4. Die Abrechnung über diesen Kredit ist nach Beendigung der Arbeiten dem Grossen Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.
5. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

369 1.401 Gemeindepräsident Informationen aus dem Gemeinderat

GGR-Unterlagen / Onlineversion

Jolanda Brunner: Die GGR-Unterlagen sind ab sofort online verfügbar. Dies ist ein erster Versuch. Beim nächsten Mal wird allen Mitgliedern ein Mail zugestellt, dass die Unterlagen online verfügbar sind. Es ist aber immer noch möglich, die Unterlagen in Papierform bei der Gemeindeschreiberei zu verlangen. Es ist aber sinnvoll, wenn man weniger Papier ausdrucken muss und somit die Umwelt schonen kann. Die Gemeindeschreiberei hilft gerne bei Problemen. Der Gemeinderat arbeitet bereits seit längerer Zeit mit diesem System.

Abteilung Bau / Neue Mitarbeiterin ab 1. Juli 2018

Erfreulicherweise konnte auf den 1. Juli 2018 eine neue Mitarbeiterin bei der Abteilung Bau angestellt werden. Diese Person hat die Ausbildung als Bauverwalterin abgeschlossen. Sie wird das Team verstärken. Man ist aber immer noch auf der Suche nach Fachleuten in den Bereichen Tief- und Hochbau.

Pädagogisches Zentrum Hofachern

Für die Realisierung des Pädagogischen Zentrums Hofachern konnte ein zweiter Investor gefunden werden. Nun geht es mit dem Projekt rasch vorwärts. Das heisst aber nun, dass der Bauvertragsvertrag nochmals dem GGR vorgelegt werden muss. Das Geschäft kommt auf die Junisitzung. Der Kanton will ebenfalls, dass das Projekt realisiert wird.

Poststelle Einigen / Informationsveranstaltung

Am 8. März 2018 findet um 19.30 Uhr ein Infoanlass im Deltapark zur Poststelle Einigen statt.

370 1.304 Einfache Anfragen**Pilzkontrollstelle für die Region Niderrsimmental / Einfache Anfrage A. Zeilstra (GS)****Ausführungen des Gemeinderates**

Ueli Zimmermann: Da Christoph Hürlimann krank ist, beantwortet er die Einfache Anfrage in seinem Namen wie folgt:

Er hat mit verschiedenen Pilz-Sammlern gesprochen und immer wieder die gleichen Hinweise erhalten:

- Neusammler sollten entweder in den Pilzverein Thun eintreten und da das Handwerk lernen. Es geht beim Pilzsammeln nicht nur um das Kennen der Pilze.... oder aber
- Neusammler lassen sich von einem erfahrenen Sammler auf dessen Sammelgängen das Pilzsammeln erklären und erlernen.
- Erfahrene Sammler nehmen jeweils nur ein bis zwei „unbekannte“ Pilze mit, um die bestimmen zu lassen (nicht um sie zu essen!). Für sie sind die heutigen Kontrollmöglichkeiten gut. Eine Kontrollstelle in Spiez sei absolut unnötig.

Anna Zeilstra zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates zufrieden.

371 1.304 Einfache Anfragen**Ortszentrum Spiez / Einfache Anfrage M. Hayoz Wagner (SP)****Ausführungen des Gemeinderates**

Jolanda Brunner: In der schriftlichen Antwort des Gemeinderates wurde auf die gestellten Fragen eingegangen. In der Diskussion um das Ortszentrum spielt die Umgestaltung der Oberlandstrasse mit dem Projekt „let's swing“ eine zentrale Rolle. Es wurde eine Stadtanalyse erstellt, was im Zentrum alles stattfindet und was nicht stattfindet. Danach wurde eine Nutzungsstrategie in Auftrag gegeben. Für die Nutzungsstrategie wurde eine Begleitgruppe eingesetzt mit vielen Vertreterinnen und Vertretern aus Interessengruppen, welche vom Gemeinderat angefragt wurden. Sie hat hier auch schon informiert, dass auch die Post und die BLS Interesse bekunden, ihre Areale zu überbauen. Auch Coop hat Interesse an einem neuen Standort. Alle diese Sachen fliessen ineinander. Man kann kein Projekt ohne das andere anschauen. Deshalb ist dies ein so komplexes Thema. Wenn klar ist, was mit der Oberlandstrasse passiert, kann mit der Nutzungsstrategie weitergefahren werden. Anschliessend kann auch die ganze Geschichte mit der Arealentwicklung in Angriff genommen werden. Es liegt hier ein grösserer Kontext vor. Sobald der Gemeinderat mehr weiss, wird auch der GGR orientiert. Es wird auch einen öffentlichen Anlass zur Nutzungsstrategie geben.

Marianne Hayoz Wagner zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates nicht zufrieden.

372 1.304 Einfache Anfragen**Termine Überbauungsordnung Gwatt-Zentrum / Einfache Anfrage D. Brügger (GS)****Ausführungen des Gemeinderates**

Ruedi Thomann: Beim Deltapark (früher Gwattzentrum) ist im Plan eine Brücke bei der Bootseinfahrt eingezeichnet. Diese Brücke fehlt im Moment. Daniel Brügger hat bei seiner Einfachen Anfrage folgende Fragen gestellt:

1. Kann der Gemeinderat sagen, bis wann diese Brücke wieder errichtet wird?
Antwort des Gemeinderates: Nein

2. Falls die Termine noch nicht festgelegt sind, wie sieht das weitere Vorgehen in dieser Sache aus?

Antwort des Gemeinderates: Zum heutigen Zeitpunkt kann diese Frage nicht beantwortet werden.

Man ist sich bewusst, dass diese Antworten für den Fragesteller unbefriedigend sind. Um die zweite Frage beantworten zu können, sind umfassende Abklärungen notwendig. Man müsste wissen, wie man diese Brücke erstellen will, was diese kostet und wer wie viel zahlt. Zudem sind im Plan in unmittelbarer Nähe der Brücke weisse Felder eingezeichnet. Dort steht noch eine Nutzungsvereinbarung mit dem jetzigen Besitzer an. Dies wurde bisher nicht abgeschlossen. Man kann nur abschätzen, wie viel Aufwand dies bedeuten würde. Der Abteilungsleiter Bau schätzt dafür einen Monat Arbeit. Man ist aber am Thema daran. Man benötigt aber noch etwas Zeit.

Daniel Brügger zeigt sich von der Antwort des Gemeinderates unglücklich und unzufrieden.

373 1.304 Einfache Anfragen

Rox am See / Einfache Anfrage J. Walther (SP)

Jürg Walther: Seit diesem Jahr (2018) werden Anlässe in der Spiezer-Bucht vom Büro für Veranstaltungen koordiniert und letztendlich vom Gemeinderat bewilligt. Die massgebende Verordnung sieht ein Kontingent von sieben Anlässen mit Beschallung nach 22.00 Uhr vor, wovon bei vier bis 23.30 Uhr und bei drei bis 02.30 Uhr Musik erlaubt ist.

Dem Seaside-Festival wurde die Erlaubnis erteilt, zweimal bis 02.30 Uhr Bands auftreten zu lassen. Die dritte Bewilligung zur Beschallung bis 02.30 Uhr wurde nicht vergeben.

Fragen:

1. Weshalb wurde für den Anlass «Rox-am-See» die Bewilligung zur Beschallung nur bis 23.30 Uhr gewährt, obwohl eine Erlaubnis zur Beschallung bis um 02.30 Uhr angefragt wurde und ein entsprechendes Kontingent zur Verfügung stand?
2. Ist es dem Gemeinderat bewusst, dass die Rox Music Bar seit Jahren ein äusserst beliebter Treffpunkt für SpiezerInnen und Nicht-SpiezerInnen ist und deren Betreiber mit grossem Aufwand kulturelle Anlässe ohne kommunale oder anderweitige finanzielle Unterstützung veranstalten, welche weit über die Gemeindegrenzen ausstrahlen?

Ausführungen des Gemeinderates

Jolanda Brunner: Zur ersten Frage warum für das Rox am See das Kontingent nicht bis 02.30 Uhr zur Verfügung gestellt wurde, kann folgendes ausgeführt werden. Ein Kontingent heisst nicht, dass man ein Anrecht darauf hat, wenn noch nicht alle vergeben sind. Der Gemeinderat hat eine Begleitgruppe eingesetzt, welche die Gesuche prüft. Dies im Auftrag des Gemeinderates. Der Gemeinderat hat dabei gewisse Leitplanken gesetzt. Schlussendlich entscheidet der Gemeinderat, ob ein Anlass stattfindet. Wenn man eine solche Bewilligung erteilt, schaut man was im Umfeld stattfindet. Wie ist die Belastung vor und nach dem Anlass. Man schaut auch, was man für Erfahrungen mit diesem Veranstalter bereits gemacht hat usw. Dies führt schlussendlich dazu zu den Bewilligungen des Gemeinderates. Hier hat der Gemeinderat entschieden, zweimal die Bewilligung bis 23.30 Uhr zu erteilen. Zur nächsten Frage, ob es dem Gemeinderat bewusst ist, dass die Rox Music Bar ein beliebter Treffpunkt ist, kann ausgeführt werden, dass dies dem Gemeinderat absolut bewusst ist. Die Gemeinde kann jedoch keine Bar finanziell unterstützen. Wenn andere Restaurationsbetriebe Anlässe durchführen, können diese auch nicht von der Gemeinde unterstützt werden. Dies wurde Manuel Schaffer, Geschäftsführer Rox, auch so mitgeteilt. Deshalb hat er rückwirkend auf den 1. Januar 2017 einen Verein gegründet. Ein Verein hat die Möglichkeit, ein Gesuch um finanzielle Unterstützung zu stellen. Deshalb stimmt hier die Fragestellung nicht ganz. Ein Verein hat das Recht, bei der Gemeinde ein Gesuch um finanzielle Unterstützung zu stellen. Manuel Schaffer und sein Verein haben von der Gemeinde auch Geld für die kulturellen Anlässe er-

halten. Die Künstler treten nur für eine Kollekte auf. Die Organisatoren sind für das Umfeld verantwortlich. Für das Rox am See wurde den Organisatoren bisher nie eine Rechnung für die zur Verfügung gestellte Infrastruktur gestellt. Es gab keinen Kostenteiler für die vom Werkhof für die Bundesfeier bereitgestellte Infrastruktur. Die Leistungen des Werkhofes werden durch das Bundesfeierkomitee getragen. Es handelt sich um einen namhaften Betrag. Die Veranstaltungen werden sehr unterschiedlich behandelt. Deshalb wurde ein Büro für Veranstaltungen ins Leben gerufen. Man will nun einheitliche Bedingungen für alle Veranstaltungen schaffen. Die Veranstalter müssen bei ihren Gesuchen angeben, was sie von der Gemeinde wollen (Tische, Bänke, Leistungen, Manpower etc.). Der Gemeinderat entscheidet, was jeder Veranstalter erhält oder was er bezahlen muss oder ob er gewisse Rabatte erhält. Damit sollen Ungerechtigkeiten zwischen den Veranstaltern eliminiert werden. Somit werden alle Veranstalter mit den gleichen Ellen gemessen.

Jürg Walther nimmt die Antwort des Gemeinderates so zur Kenntnis.

374 1.304 Einfache Anfragen

Verrechnung von Abwasserkosten für die Nitrochemie AG/ Einfache Anfrage A. Sopranetti (SP)

André Sopranetti: Verrechnung der Abwasserkosten für die Nitrochemie AG durch die Gemeinde Spiez. Informationen zum aktuellen Stand.

Jahrelang sind die Spiezer Gebührenzahler auf Grund eines obskuren Vertrages für 50% der Abwassergebühren der Nitrochemie AG Wimmis aufgekommen. Alleine bis ins Jahr 2015 sind dabei ungefähr 2 Millionen Franken von den Spiezer Einwohner/innen und dem Spiezer Gewerbe für die Nitrochemie AG den Abwasserkanal runter gegangen .

Eine entsprechende überparteiliche Motion zur Behebung dieses Missstandes wurde am 27. April 2015 vom GGR einstimmig überwiesen. Der Gemeinderat reichte nach einigen, leider erfolglosen Gesprächen mit der Nitrochemie AG schlussendlich bei der zuständigen Stelle Klage auf Änderung ein.

Dazu folgende Fragen:

- 1) Wie weit liegen rechtskräftige Urteile (Datum) vor, die den Verteiler zur Zahlungspflicht betreffend Abwasserkosten zwischen Nitrochemie und Gemeinde regeln?
- 2) Falls der Nitrochemie AG eine Zahlungspflicht auferlegt wurde, wie sieht diese aus (auch rückwirkend) und ab wann ist die Nitrochemie AG dieser vollständig nachgekommen.
- 3) Falls Handlungsbedarf seitens Gemeinde besteht, wie sieht dieser inhaltlich und zeitlich aus?

Die Einfache Anfrage wird an der nächsten Sitzung beantwortet.

375 1.303 Motionen, Postulate, Interpellationen

Uferweg Spiez - Einigen / Überparteiliche Motion René Barben (FS/GLP)

Ausführungen des Gemeinderates

Ruedi Thomann: Er hat keine weiteren Ergänzungen mehr zur Motion anzubringen. Der Motionär hat mit der Abteilung Bau genügend Abklärungen getroffen und ist über alles bestens im Bild. Dem Berner Oberländer vom 1. März 2018 konnte entnommen werden, dass der Motionär der Gemeinde nun „Beine machen“ will. Es steht allerdings auch, dass auch eine Anpassung des Motionstext-

tes in Aussicht gestellt wird. Die Befürchtungen des Motionärs, dass man plötzlich kein Geld mehr vom Kanton erhält, sind völlig unbegründet. Es sind keine Änderungen der Beiträge zum Bau von solchen Anlagen in Sicht. Er ist gespannt auf die Voten des GGR sowie auf die Änderung des Motionstextes.

Stellungnahme des Motionärs

René Barben: Er möchte heute Abend dafür einstehen, dass Einigen, durch den Uferweg „Spiez-Ghei,“ endlich, mit Spiez verbunden wird. Der Uferweg bietet gemütliches Spazieren am See – ein Plus für die lokale Bevölkerung und den sanften Tourismus am linken Thunerseeufer. Der Uferweg ist eine attraktive Verbindung entlang dem Seeufer oder in Ufernähe zur sanierten Schiffländte in Einigen. „Der Gemeinderat hat es mit und den Motionären leicht gemacht nicht auf das Postulat einzutreten“. Nach 25 Jahren in der Planungsphase muss das Projekt endlich realisiert werden und hat entsprechend Priorität. Er hofft sehr, dass wir heute Abend eine deutliche Mehrheit finden und das Angebot (Postulat) des Gemeinderates versenkt wird. Hier geht es um die Durchsetzung eines Gesetzes und des Volkswillen, (SFG, Kt. Bern, 1982, Spiez Uferschutzplan 1993 und kant. Genehmigung 1995) sowie die Respektierung der Bedürfnisse und Erwartungen der relevanten, interessierten Anspruchsgruppen (Kanton, Gemeinde, Bürger, Gewerbe, Tourismus, ...). Das sollte seiner Ansicht nach eigentlich Auftrag genug sein.

Was bisher geschah

Die Gemeinde Spiez erlässt 1993 den Uferschutzplan mit zeitlicher Abfolge der Massnahmen zur Realisierung. 1995 erfolgt die Genehmigung der Planung durch den Kanton. 2003 wurden die ersten Pläne zur Linienführung des Uferweges bei der Abteilung Bau in Spiez und ein Mitwirkungsverfahren durchgeführt und ausgewertet. Im Jahr 2007 genehmigte die Spiezer Bevölkerung an der Urne das Uferschutzprojekt Spiez-Einigen mit grossem Mehr. 2011 bestätigt der damalige Spiezer Planungsverantwortliche Ueli Schneider: «Die Gemeinde hätte den bewilligten Abschnitt Spiez-Weidli-Längmaad-Ghei längst in Angriff nehmen können. Man habe jedoch den definitiven Entscheid abwarten und den Uferweg in seiner vollen Länge bauen wollen». (Quelle: Berner Oberländer). 2012 Vorprojekt erstellt und allen direkt betroffenen Grundeigentümern vorgestellt. Kein Grundeigentümer hat es an eine höhere Instanz weitergezogen. 2013 informiert Stefan Kocherhans: «Der Weg ins Ghei kann nächstes Jahr gebaut werden. Die Genehmigung ist erfolgt.» Quelle: Berner Oberländer. Bis heute wurde jedoch kein Meter gebaut. 2013/2014 wird das Projekt sogar aus dem Finanzplan gestrichen. Warum wird ein Volksentscheid so lange nicht umgesetzt? Warum wird das Versprechen des Gemeinderates nicht endlich eingelöst?

Tourismus

Er hatte im Vorfeld Kontakt mit Spiez Marketing, dem Verein Schiffländte Einigen, Deltapark und vielen Spiezerinnen und Spiezer. Alle begrüßen die Motion sehr und erachten das Projekt als grosse Chance für die Bevölkerung und den Tourismus von Spiez und der Region. Im Sommer 2017 hat er mit dem Präsidenten des Vereins Schiffländte Einigen, einem ehemaligen Mitglied der Bau- und Planungskommission, einem ehemaligen Mitarbeiter der Abteilung Bau Spiez und einem weiteren Sachverständigen den Abschnitt Spiez-Ghei besichtigt. Es ist der schönste Abschnitt auf der linken Seeuferseite. Die Wanderer werden begeistert sein. Der Verein Schiffländte Einigen, der Ortsverein aber auch die Burgerbäuert Einigen warten ebenfalls schon viel zu lange auf die Realisierung des Uferwegs. Anlässlich der Ausserbetriebnahme der Schiffländte Einigen im Jahr 2006 wurde seitens der BLS AG darauf verwiesen, dass die Frequenzen in Einigen zu tief sind, um die notwendigen Investitionen tätigen zu können. Die Gemeinde und die BLS hatten sich darauf verständigt, über eine Ländtesanierung zu befinden, sobald der Uferweg realisiert und entsprechend mehr Frequenzen zu erwarten seien. In der Zwischenzeit wurde die Ländte durch den Verein saniert. Das Geld dafür hat der Ländteverein aus Spenden selber organisiert und wäre nun bereit für mehr Passagiere. Im Brief an den Gemeinderat vom 9. Januar 2018 bittet der Verein, im Namen seiner 160 Mitglieder, die Motion wohlwollend zu prüfen und den Teilabschnitt „Uferweg Weidli – Ghei“ rasch zu realisieren. Quelle: Brief des Ortsvereins Einigen, z.K. BLS.

Kosten

Im Finanzplan 2012 waren für die Erstellung des Uferwegabschnitts Fr. 270'000.00 reserviert. 62% der Kosten für das Projekt übernimmt der Kanton Bern. Die Planung sieht nur einen einfachen Fussweg vor, kein Luxusprojekt. Bei einem Gesamtbudget von Fr. 64'500'000 (2018) sind das ca. 0.15 % Im Berner Oberländer vom 8. Dezember 2017 steht: „Wenn Gemeinden ihre Uferwegprojekte realisieren wollen: Der Kanton hätte das Geld. Noch wären von Fr. 5.5 Mio. bis 2020 noch rund Fr. 2 Mio. zu vergeben“. Quelle: Auszug aus dem Finanzplan 2012. Warten wir zu lange, sind die Beiträge aufgebraucht. Wer bezahlt dann die Differenz - die Gemeinde resp. die Steuerzahler?

Abteilung Bau

Um der seit längerer Zeit herrschenden Ressourcenknappheit, in der Abteilung Bau, Rechnung zu tragen hat der GGR an seiner letzten Sitzung im 2017 mit dem Budget 2018 auch drei zusätzliche Stellen für die Abteilung Bau bewilligt. Die fehlenden Ressourcen können nun aufgestockt werden.

Informationen zum Projekt

Er war mindestens dreimal bei der Gemeinde / Abteilung Bau und hat sich um Informationen und Transparenz rund um das Projekt „Uferweg Spiez-Ghei“ bemüht. Die aktuelle Projektdokumentation (Projekt-, Termin und Ressourcenpläne, Protokolle, Meilensteine, Aufgaben und Pendenzen konnte er nie einsehen. Er erhielt Kopien der aktuellen Pläne (Grundrisse) und die Information: „Es seien keine zusätzlichen Informationen vorhanden resp. für ihn nicht einsehbar“. Warum darf ein GGR- und/oder GPK-Mitglied nicht mehr Einsicht erhalten? Alle Fakten und Informationen zur Geschichte des Projekts musste er selber recherchieren und zusammentragen. Quellen: Zeitungsberichte Berner Oberländer, Auszug Finanzplan 2012, mündliche Auskünfte aus Gesprächen mit ehemaligen Personen, welche sich vor Jahren mit dem Projekt befasst haben (GR, ehemaligen Mitgliedern der Planungskommission, ehemaligen Mitarbeitenden der Bauverwaltung und dem Präsidenten des Vereins Schiffländte Einigen), Besichtigung des Uferwegabschnitts „Weidli – Ghei“. Er dankt an dieser Stelle allen herzlich. Hier hat das „Projektmanagement“ der Gemeinde klar Verbesserungspotential.

Antrag

Trotz aller Fakten möchte er dem Gemeinderat und der Abteilung Bau entgegenkommen. Er hat den Motionstext angepasst. Es geht ihm um die Sache Uferweg und daher ist er und die Mitunterzeichnenden der Motion zu einem Kompromiss bereit, signalisieren ein Entgegenkommen und das Verständnis für die aktuelle personelle Unterbesetzung in der Abteilung Bau.

Deshalb ändert er die Motion wie folgt ab:

Der Gemeinderat Spiez wird beauftragt 2019 die Planung zur Realisierung des «Uferwegabschnitts Spiez – Ghei» zu starten und diesen bis 2022 zu realisieren.

Fraktionen

Er dankt für die Unterstützung der Motion und dass die Fraktionen mithelfen das Versprechen an die Spiezer Bevölkerung einzulösen.

**Sitzungsunterbruch von 20.10 – 20.20 Uhr
(Ordnungsantrag der Gemeindepräsidentin)**

Ruedi Thomann: Er dankt dem Motionär, dass dieser die Aussichten auf die Änderung des Motionstextes vorgängig zugestellt hat. Der Gemeinderat hält nach wie vor daran fest, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wird. Der Motionär verlangt mit der abgeänderten Motion, dass der Uferweg bis 2022 realisiert ist. Nach Rücksprache mit den Verantwortlichen der Abteilung Bau ist dies ein Zeithorizont, welcher jedenfalls nicht eingehalten werden kann. Es wird mindestens 5 – 8 Jahre dauern, auch wenn man bereits morgen mit der Planung beginnt. Von der vom Motionär

angesprochenen Planung, welche seit 2012 genehmigt sei, hat der Gemeinderat keine Kenntnis. Die Kosten von Fr. 270'000.00 sind aus irgendeinem Zusammenhang und können so nicht bestätigt werden. Der Uferweg betrifft mehrere Eigentümer. Es ist nicht klar, ob jeder Freude an einem Uferweg über sein Grundstück hat. Dies wird sicherlich viele Verhandlungen benötigen. Auch wenn der Auftrag zur Planung einem externen Unternehmer abgegeben würde, bleibt die Gemeinde immer im Spiel (Beschwerden, Verhandlungen, Einspracheverhandlungen, Kredit beantragen beim Gemeinderat, beim GGR oder bei den Stimmberechtigten). Wenn die Motion überwiesen wird, was durchaus möglich scheint, dann müssen viele andere Projekte sofort zurückgestellt werden. Was dies bedeutet, könnte wohl am Besten der Abteilungsleiter Bau, Roland Dietrich, ausführen. Wir wissen alle, dass im Jahr 2014 von den Stimmberechtigten eine Ortsplanungsrevision genehmigt wurde. Nun stehen daraus viele Projekte an, welche realisiert werden müssen. Man kann schlichtweg nicht alles auf einmal realisieren. Die Abteilung Bau - auch mit drei oder vier zusätzlich bewilligten Stellen – muss zuerst geeignete Leute finden und dies ist nicht einfach. Der Gemeinderat war etwas erstaunt über die Aussagen des Motionärs von ehemaligen Behördemitgliedern. Es stellt sich die Frage, ob diese solche Aussagen machen durften. Es besteht auch bei Kommissionen die Schweigepflicht, auch wenn man nicht mehr im Amt ist. Der Gemeinderat hält an seinem Antrag zur Umwandlung in ein Postulat fest.

René Barben: Er hat versucht, Fakten zusammenzutragen. Die Fakten hat er aus öffentlich zugänglichen Unterlagen zusammengesucht. Er hat Interviews gemacht mit Leuten, welche vertrauenswürdig sind. Etwas anderes wurde ihm nicht zur Verfügung gestellt. Man muss sich nun fragen, was eigentlich rechtens ist. Darf man als Parlamentarier alle Unterlagen einsehen? Er hat kein Amtsgeheimnis verletzt. Zu den Kosten kann er ausführen, dass er die Angaben von der Gemeindepräsidentin erhalten hat. Er geht davon aus, dass diese stimmen. Er kann sich gut vorstellen, dass der Weg heute mehr kostet. Aber die 62 % Kantonsbeitrag sind immer noch fakt. Er hält an der Form der Motion mit dem abgeänderten Motionstext fest.

Jolanda Brunner: Der Motionär hat sie nach den im Finanzplan enthaltenen Kosten gefragt. Sie hat ihm erklärt, dass sie nicht wisse, was diese Zahl genau beinhaltet und in welchem Zusammenhang diese entstanden ist. Sie hat ihm nur die Zahl aus dem Finanzplan gegeben. Als GGR-Mitglied hat er Anrecht, dass ihm diese Zahl mitgeteilt wird. Der Gemeinderat hat es sich nicht leicht gemacht. Sie war mit Roland Dietrich, Abteilungsleiter Bau, beim Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR). Wohlen und Hilterfingen haben eine Uferschutzplanung vom Kanton in Anspruch genommen. Sie haben sich beim AGR erkundigt, was die Gemeinde Spiez unternehmen muss, damit der Kanton die Planung übernimmt. Das AGR hat jedoch ausgeführt, dass sie diese Planung nicht übernimmt.

Fraktionssprecher

Anna Zeilstra (GS): Die GS-Fraktion möchte das Uferwegprojekt gerne weiter vorantreiben. Man möchte, dass der Uferweg in Zukunft begehbar wird. Dies ist der richtige Weg. Man will auch dem Volksbegehren Rechnung tragen. Deshalb wird die GS-Fraktion der Überweisung der Motion zustimmen.

Urs Eggerschwiler (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Motionär René Barben, dass er dieses Thema wieder aufgenommen hat. Die Antwort des Gemeinderates wurde aufmerksam gelesen. Es ist nachvollziehbar, dass die Realisierung in dieser Legislatur zu knapp ist. Die Voten des Ortsvereins Einigen und vielen anderen Leuten aus Einigen für die Realisierung eines Uferweges zwischen Einigen und Spiez sind klar und entsprechen einem Bedürfnis. Man soll die Voraussetzungen schaffen, dass man diesen Weg realisieren kann. Die Gemeindeverwaltung hat ausgeführt, dass dies in dieser Zeit mit diesen Ressourcen bei der Abteilung Bau nicht möglich ist. Er hatte mit dem Motionär Kontakt und er hat die Motion angepasst und mehr Zeit für die Realisierung gegeben. Nun sind die Bedingungen immer noch so, dass die Gemeinde Nein sagt und die Zeit immer noch nicht reiche. Wenn die Gemeinde sagt, die Zeit reicht immer noch nicht, möchte er gerne

einen Gegenvorschlag, bis wann der Weg realisiert werden kann. Eine Umwandlung in ein Postulat, welches unverbindlich ist, wird von der SVP-Fraktion nicht unterstützt. Die SVP-Fraktion wird helfen die Motion zu überweisen, damit der Uferweg zwischen Spiez und Einigen endlich realisiert wird.

André Sopranetti (SP): Auch die SP-Fraktion steht klar hinter dieser Motion. Der Motionär hat sich flexibel gezeigt und ist darauf eingegangen auf die Anliegen der Gemeinde. Für die SP-Fraktion ist die Realisierung des Uferweges absolut machbar. Es kann nicht sein, dass die Verwaltung respektive der Gemeinderat immer das gleiche Killerargument mit den fehlenden Ressourcen anbringt. Es ist klar, dass die Ressourcen fehlen. Es fragt sich, welche langfristige Personalpolitik die Gemeinde verfolgt. Es ist klar, dass solche Leute nicht so schnell gefunden werden können. Aber es kann nicht sein, dass bei solchen Geschäften die fehlenden Ressourcen in den Vordergrund geschoben werden.

Martin Peter (BDP): Auch die BDP-Fraktion wird an dieser Motion festhalten. Aus seiner Sicht fehlt der politische Wille, zwischen Spiez und Einigen einen einfachen Fussweg hinzustellen. Wenn es darum ginge, Millionen dem Richtigen zuzuschieben, ginge dies einfacher. Dies ist nicht nur in Spiez so, sondern in der ganzen Schweiz. Man hat schon mehrmals gesagt, dass man für die Realisierung eines Uferweges hier in der Schweiz im arabischen oder fernöstlichen Raum in der gleichen Zeit eine ganze Stadt aufbaut. Wir bringen es nicht fertig, einen Fussweg von A nach B zu realisieren. Touristisch haben wir bei den Uferwegen ein Flickwerk. Diese Flicke möchte man gerne schliessen.

Jürg Leuenberger (EVP): Auch die EVP-Fraktion hält an der Motion fest und unterstützt diese auch in der abgeänderten Form. Man hat den Eindruck, dass es auch für die Abteilung Bau etwas Luft gibt. Das Projekt sollte priorisiert werden. Der Uferweg hätte eine grosse Attraktivität für den Tourismus.

Allgemeine Diskussion

Benjamin Carisch: Als Vertreter der EDU mit Sitz in Einigen unterstützt er die Motion, damit er im Sommer auf gemütlichem Weg an die Vorstandssitzungen in Einigen gehen kann.

Sven Rindlisbacher: Man kann diese Motion schon überweisen. Er persönlich ist damit aber gar nicht glücklich. Es ist klar, dass der Zeitrahmen auch mit der angepassten Frist nicht eingehalten werden kann. Aus seiner Erfahrung kann er sagen, dass er 10 Jahre gewartet hat, bis er seine Gärtnerei bauen konnte. Nun soll der Uferweg bis 2022 realisiert werden. Dies ist unrealistisch. Er ist nicht gegen den Uferweg. Es wird 10 Jahre gehen, bis dieser Weg realisiert ist. Wohin soll man mit den Leuten im Ghei. Sollen diese von Klaus Brenzikofer mit dem Traktor zur Hauptstrasse geführt werden? Im Ghei wird der Uferweg im Niemandsland enden. Dies muss auch überlegt werden. Der Zeithorizont ist deshalb unrealistisch. Wenn andere Projekte zurückgestellt werden müssen (z.B. Erschliessungen von Bauland), muss man sich gut überlegen, was wichtiger ist. Er wird sich deshalb der Stimme enthalten.

Ruedi Thomann: Er stellt fest, dass die Motion wohl überwiesen wird. Er macht aufmerksam, welche Konsequenzen dies haben wird. Man wird Erschliessungen, Hochwasserschutz (z.B. Sanierung Kehrichtdeponie Schluckhals etc.) nach hinten verschieben. Was passiert, wenn das Bauprojekt für den Uferweg nicht bewilligt wird bis zu diesem Zeitpunkt? Da wird auch die überwiesene Motion nichts nützen. Man weiss, dass sich solche Verfahren in die Länge ziehen können. Persönlich kann er ausführen, dass er mit seinem Schiff viel in diesem Gebiet ist. Im Winter ist dies ein Rückzugsgebiet für Wasservögel. Mit der Realisierung eines Uferweges in diesem Gebiet wird es dort aussehen wie auf dem Uferweg zwischen Spiez und Faulensee am Strandweg.

René Barben: Das tönt ganz dramatisch. Er hofft nicht, dass dies nicht das einzige Projekt ist, welches in den nächsten Jahren bewältigt werden muss und die ganze Gemeindeverwaltung absorbiert. Es handelt sich um einen einfachen Fussweg. Es wurde alles bereits verhandelt und es geht um Vereinbarungen mit den Grundeigentümern und um eine Baubewilligung. Er ist überzeugt, wenn man dies will, bringt man dies hin. Man hört immer, dass es nicht möglich ist. Er möchte nun einmal etwas anderes hören. Ruedi Thomann könnte vielleicht in einigen Jahren mit den Lernenden anstatt auf dem Schiff, auf dem neuen Uferweg die Gemeinde betrachten. Man könnte damit noch 1 – 2 Liter Benzin sparen.

Martin Peter: Sven Rindlisbacher hat ihn noch auf eine Idee gebracht. Er hat von „Niemandland“ gesprochen. Er fragt sich, wer im „Niemandland“ einspracheberechtigt ist.

Beschluss (mit 28 : 0 Stimmen, bei 5 Enthaltungen)

1. Die abgeänderte überparteiliche Motion von René Barben (FS/GLP) betreffend Uferweg Spiez – Einigen wird überwiesen.
2. Der abgeänderte Motionstext lautet wie folgt:

Der Gemeinderat Spiez wird beauftragt 2019 die Planung zur Realisierung des «Uferwegabschnitts Spiez – Ghei» zu starten und diesen bis 2022 zu realisieren.

376 1.303 Motionen, Postulate, Interpellationen

Neueingänge parlamentarischer Vorstösse

Es sind keine neuen parlamentarischen Vorstösse eingereicht worden.

Schluss der Sitzung: 20:45 Uhr

NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES

Die Präsidentin

Der Protokollführer

A. Frost-Hirschi

A. Zürcher